

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Einzelnenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 8.

Berlin, den 21. Februar 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Eine Reichsversicherungsordnung. — Nach den Vor-
wahlen. — Jahresbericht des Bezirks Danzig. —
Ein neues Produkt zur Erzeugung wasserdichten Mörtels.
— Rundschau: Zur Frage der Arbeiterkontrolle im Bergbau.
In Mülheim a. d. Ruhr. Abfertigungsarbeiten. Den Gefallen
wollen wir ihm tun. Wie übertriebener Kapitalismus wirkt. Der
neue Bauhandwerkerbund vor dem Bankrott. — Wirtschaftliche
Bewegung. — Verbandsnachrichten: Berlin. Elberfeld. Nau-
rohn. Jahresbericht der Verwaltungsstelle Oberhausen. Ahmsting-
Harburg. München. Berlin. — Volkswirtschaftliches und
Soziales. — Soziale Wahlen. — Briefkasten. — Bekannt-
machungen. — Sterbetafel.

Eine Reichsversicherungsordnung.

Die vor Jahren schon angekündigte Reform der Ar-
beiterversicherung soll nun zur Tatsache werden. Die Not-
wendigkeit dazu ist schon seit Jahren erkannt, daß die
Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe mit größter
Vorsicht vorgegangen werden muß, liegt in der Wichtig-
keit der Sache begründet. Die Bewältigung des unge-
heuren Materials ist ebenfalls keine Kleinigkeit, und er-
fordert eine eingehende Detailkenntnis des gesamten
Arbeiterversicherungsapparates.

In der Reichstags-Sitzung vom 5. Februar hat nun
der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg orientierende Auf-
schlüsse darüber gegeben, wie die Reform der Arbeiter-
versicherungs-gesetze aussehen soll. Reichsversicherungs-
ordnung nennt sie der Herr Staatssekretär. Der eigent-
liche Entwurf wird in der nächsten Zeit dem Reichstag
vorgelegt. Die beabsichtigte Reform sieht zunächst eine
Modifikation der bestehenden Versicherungsgesetze vor, das
heißt sämtliche Gesetze sollen nunmehr in ein einziges zu-
ammengefaßt werden. Damit kommt ein gemeinschaftlicher
Unterbau zustande, der den Geschäftsgang erleichtert und
ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten ermöglicht. Aller-
dings wird das Werk sehr umfangreich werden, da das
Gesetz 1700 Paragraphen umfaßt. Ein einheitlicher In-
haltsweg für die drei großen Versicherungen bei Streitig-
keiten aus denselben soll geschaffen werden. Versicherungs-
ämter und Oberversicherungsämter. Damit soll zugleich
eine Entlastung des Reichsversicherungsamtes herbeigeführt
werden.

Eingreifende Änderungen wird die Krankenversiche-
rung erfahren. Um der bestehenden Zersplitterung im
Rentenkassenwesen entgegenzuarbeiten, sollen neben den
Rentenkassen nur noch größere Betriebskrankenkassen
und Zinnrentenkassen aufrechterhalten werden. Die Beiträge
werden halbiert, also der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
zahlt je die Hälfte, dafür will er den Arbeitgebern die
Hälfte der Beiträge und der Vorstandsmitglieder geben.
Der Vorsitzende der Kasse soll gewählt werden. Für die
Krankenkassenwahlen wird die Verhältniswahl vorge-
schrieben. Ferner soll das Verhältnis zwischen Ärzten,
Apothekern und Krankenkassen besser geregelt werden. Für
bestehende Zwistigkeiten sollen Schiedsämter geschaffen
werden. Ein bestimmtes Arztesystem ist nicht vorgesehen.
Ferner soll der Preis der gegen Krankheit Versicherten
erheblich erweitert werden, und zwar auf land- und forst-
wirtschaftliche Arbeiter, auf Hausgewerbetreibende und auf
unständige Arbeiter. Ohne Zweifel wird manche von
diesen vorgesehenen Reformen hartem Widerstand be-
gegnen.

Zu der Unfallversicherung soll den Arbeitern die Mit-
wirkung an der Rentenfestsetzung gewährt werden. Weil
sie ihre Knochen zu Markte tragen, müsse man das,
wenn sie auch keine Beiträge zur Unfallversicherung be-
zahlen, meinte der Herr Staatssekretär. Die Schaffung
neuer Beitragsklassen in der Unfallversicherung hält
er für wünschenswert, um dem Mittelstande, den kleineren
Einkünften die Wohltaten des Gesetzes in höherem Maße
angehen zu lassen. Die Durchführung jedoch hält er
für schwierig.

Ein neuer Versicherungszweig, die Witwen- und
Waisenversicherung, muß nach den Bestimmungen des
Volkswirtschaftsgesetzes am 1. April 1910 in Kraft treten. Die
Annahmen des Gesetzes sehen sich zunächst auf den damals
höchsten Sollsätzen für bestimmte Getreidearten zu-
ammen. Diese Summen werden jedoch, wie der Staats-
sekretär angab, nicht ausreichen, und sind dazu feste
Beiträge des Reiches, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
erforderlich.

So weit die Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs.
Wir müssen nun den Gesetzentwurf selbst abwarten. So
viel steht fest, daß hier eine für die Arbeiter eminent
wichtige Reform vorgenommen wird. Von ihrer glück-
lichen Lösung wird es abhängen, ob die jetzt so zahl-
reichen Klagen über unser Versicherungswesen verkommen.

Zum Licht empor mit klarem Blick

Ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
Ein frohes Hoffen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer Großes will, erreicht auch viel.

P. Lindenbergl.

Nach den Vorstandswahlen.

Die Vorstandswahlen sind nunmehr fast überall getätigt.
Mit ganz geringen Ausnahmen sind allerorts Veränderungen
in der Zusammensetzung der Vorstandsmitglieder eingetreten.
Neues Blut ist denselben zugeführt worden, das mitbringen
für den Gesamtorganismus des Verbandes sich betätigen soll.
Das stellt Aufgaben und Pflichten. Die Erfüllung derselben
steht voraus, daß man eine richtige Auffassung und Kenntnis
von ihnen besitzt.

Der Vorstand in seiner Gesamtheit ist Führer und Sach-
verwalter der örtlichen Organisation. Dazu ist er gewählt worden
durch das Vertrauen der Mitglieder. Neben der Überwachung
der statutarischen Bestimmungen des Verbandes, der Abwicklung
der Kassengeschäfte, ruht auf ihm die Durchführung der Auf-
gaben der Organisation, deren Daseinszweck ist, die Interessen
der Mitglieder nach den Grundsätzen der christlichen Gewerk-
schaften zu vertreten. Aber auch der äußere Fortschritt der
Organisation muß gefördert werden. Und das in der nach-
haltigsten Weise, weil davon alle Erfolge wesentlich abhängen.
Ueber die hier gekennzeichneten Aufgaben muß sich jedes Vor-
standsmitglied klar sein. Nur dann weiß es, was es will,
und was es soll.

Sether trifft das nicht immer zu. Neben der Unkenntnis
fehlt der gute Wille, sich das Verständnis und die
Kenntnisse über die Aufgaben und Pflichten des Vorstandes anzu-
eignen. Manche sind ja nicht wenig stolz darauf, ein Vor-
standsamt, das ein Ehrenamt ist, zu bekleiden. Aber ein Ehren-
amt, d. h. für den Betreffenden, wird es doch nur dann,
wenn er ein solches daraus macht, und das liegt in der ge-
wissenhaften Pflichterfüllung. Wie manchem Vorstandsmitglied
tut ein gründliches Studium des Verbandsstatuts notwendig.
Ja, ja, wie manchem! Es könnten sonst unendlich die vielen
Verstöße gegen das Statut, über Versuche dazu, vorkommen.
Das Statut ist das Gesetz des Verbandes, an dem nicht gerüttelt
werden kann und darf. Ohne fest umschriebene Rechte und
Pflichten, die für alle Mitglieder ohne Ausnahme in gleicher
Weise gelten, kann keine Organisation bestehen. Diese zu kennen,
ist Pflicht eines jeden Vorstandsmitgliedes. Wenn wir hier von
„jedem Vorstandsmitgliede“ reden, so geschieht das, weil sehr
oft das eine auf das andere sich verläßt. Bei jenem aber
ist das gleiche der Fall; die Folgen kann sich jeder denken.
Ein Teil der Vorstandsmitglieder betrachtet sich meistens über-
haupt für überflüssig. Das sind der zweite Vorsitzende, der
zweite Kassierer und ebensolcher Schriftführer. Das tritt auch
schon äußerlich in der Besetzung des Vorstandes in die Er-
scheinung. Eine solche Meinung ist durchaus falsch. Diese Vor-
standsmitglieder sollen die ersten Leiter nicht etwa nur in
Abwesenheit vertreten, nein, sie sollen sie ständig unterstützen,
regelmäßig mitarbeiten, wie ja auch eine gegenseitige Ergänzung
erforderlich ist. Der Gesamtverband muß sich in solidarischer
Weise verbunden fühlen; das Interesse an der Sache, der innere
Drang muß Antrieb und Epitaph sein. Was immer auch
getan wird, muß in einträchtiger Weise geschehen. Alle Vor-
standsmitglieder sind in gleicher Weise für die vollkommene
Durchführung sämtlicher Verbandsfunktionen verantwortlich und
den Mitgliedern gegenüber haftbar. Nur in harmonischem Zu-
sammenarbeiten, und wenn jedes Mitglied des Vorstandes seine
Schuldigkeit erfüllt, ist auf wirklich ersprießliche Arbeit zu
hoffen.

Eine ganz besondere Vertrauensstellung bekleiden die Revi-
soren. Wird aber ein Amt etwa so viel verkannt wie dieses?
Seider ja! Die Revisoren werden nicht gewählt zur Staffage,
sondern sie sollen das sein, was mit dem Namen Revisor wirklich
gesagt ist, und das tun, was im Statut in ausdrücklicher und
klarer Weise vorgeschrieben ist. Was hindert sie meistens, ihr
Amt resolut auszuüben? Eine unangebrachte Gutheit und
eine zu große Vertrauensseligkeit. In dem Kassierer wird nur
der gute Freund erblickt, dem man persönlich mit einer öfteren
oder unangemeldeten Revisoren nahe tritt. Wie verkehrt das ist!
Nicht die Gutheit darf hier das Wort reden, sondern die Pflicht.
Die Revisoren sind Amtspersonen der Organisation. Ihr gegen-
über haben sie sich durch Annahme der Wahl verpflichtet, und ihr

gegenüber sind sie verantwortlich. Sie handeln nicht in per-
sönlichem Interesse, sondern in dem der Mitglieder — und
auch des Kassierers. Nicht alle Veruntreuungen von Verbands-
geldern, die vorkommen, können die Revisoren verhindern, aber
doch einen erheblichen Teil und vor allem die Höhe derselben.
Wie manche Kassierer sind sich vollständig selbst überlassen;
niemand, weder ein Revisor noch ein anderes Vorstandsmitglied
kümmert sich um sie. Es entstehen kleine Fehlbeträge, die infolge
mangelnder Kontrolle immer größer werden, sie können nicht
mehr eingeholt werden und der Effekt ist da. Trägt der Kassierer
allein die Schuld? Keineswegs, die Revisoren sind mitschuldig,
sie haben das durch mangelnde Pflichterfüllung erst ermöglicht.
Aber auch Gründlichkeit der Revision. Nicht selten kommt es
vor, daß eine halbe Stunde vor der Versammlung, in welcher
der Kassierbericht gegeben werden soll, die Revisoren zur „Wal-
tung ihres Amtes“ zusammenzutreten. Sie verkünden dann, daß
sie alles in bester Ordnung gefunden haben, unterschreiben mit
größter Seelenruhe, und alles ist gut — nach ihrer Meinung.
Aber das ist doch keine Revision. Zu einer solchen ist Zeit not-
wendig, und gehört dazu nicht nur die Prüfung des Marken-
bestandes vom alten Quartal, der neu hinzugekommenen, der hier-
von verkauften, sondern ob das dafür bereitgemachte Geld auch
wirklich vorhanden ist. Sogar die Münzsorte muß festgestellt
werden. Ferner ob Pünktlichkeit und Ordnung in der Buch-
und Kassensführung herrscht, die Quartalsabrechnung richtig er-
ledigt ist, ufm. Ueber den ganzen Befund der Revision wird
dann ein Protokoll aufgenommen und dem Gesamtvorstand,
nötigenfalls auch der Versammlung unterbreitet. Eine solche
Handhabung ist die beste Pflicht- und Gewissenssicherung beider
Teile, des Kassierers und der Kontrollen. Das gute Herz
aber lasse man zu Hause; Pflichterfüllung ohne Rücksicht auf
die Person, damit dient man dem wahren Wohl.

Liegt darin eine Verletzung oder ein Mißtrauensvotum gegen
den Kassierer? Weils nicht. Im Gegenteil ist es für den
pflichttreuen Kassierer eine große Ehre, wenn die Revisoren
bei ihm alles in bester Ordnung finden. Und hat das nicht
auch zu jeder Zeit seine Anerkennung gefunden und das gegen-
seitige Vertrauen erhöht? O ja, und das bringt Augenblicke
hoher Befriedigung für die im Interesse der Kollegen und des
allgemeinen Wohles geleistete — sagen wir mühevollen Arbeit,
denn das ist sie. Dann wird ein Amt zu einem richtigen
Ehrenamt.

Liegt darin eine Verletzung oder ein Mißtrauensvotum gegen
den Kassierer? Weils nicht. Im Gegenteil ist es für den
pflichttreuen Kassierer eine große Ehre, wenn die Revisoren
bei ihm alles in bester Ordnung finden. Und hat das nicht
auch zu jeder Zeit seine Anerkennung gefunden und das gegen-
seitige Vertrauen erhöht? O ja, und das bringt Augenblicke
hoher Befriedigung für die im Interesse der Kollegen und des
allgemeinen Wohles geleistete — sagen wir mühevollen Arbeit,
denn das ist sie. Dann wird ein Amt zu einem richtigen
Ehrenamt.

Jahresbericht des Bezirks Danzig.

Ein Jahr, reich an Mühe und Arbeit liegt hinter uns.
Wir wollen daher noch einmal die wichtigsten Vorkommnisse an
unserm geistigen Auge vorüberziehen lassen.

Unter den Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges nahm
das Jahr 1908 seinen Anfang. Der unliebsame Gast, die
Wirtschaftskrise, hielt auch bis zum Schlusse des Jahres treu
aus und schädigte einen großen Teil unserer Kollegen. Etwas
aber hat das die Kollegen gelehrt, nämlich wie nötig es ist, auch
in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges treu zur Orga-
nisation zu halten. Schon im vergangenen Jahre war in den
Orten Danzig, Poppo, Elbing, Marienburg und Pleslin eine
schlechte Baukonjunktur, dieselbe hielt auch in diesem Jahre an.
Besonders bedauerlich war dieselbe nur zu nennen in Neustadt, Dirschau,
Christburg, Gzerst und in Marienwerder. Infolge des Zu-
stromens von fremden Arbeitskräften war auch in diesen Orten
die Arbeit schon vor Eintritt des Herbstes erledigt, so daß auch
in diesen Orten die Kollegen unter Arbeitslosigkeit zu leiden
hatten.

Wie groß die Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Orten
war, läßt sich nicht nachweisen. In Danzig wurde festgestellt,
daß ca. 5000 Arbeitslose in allen Berufen vorhanden seien.
Welche Not dadurch in den Familien herrscht, zeigt die hohe
Zahl von 1826 Kindern, welche ohne Frühstück hungernd die
Schule besuchten.

In diesem Jahre scheint es besser zu werden. Damit die
Kollegen nicht allzu pessimistisch in die Zukunft zu blicken
brauchen, erwähne ich den in Neustadt für 70 000 M veranschlag-
ten Neubau des Kreishauses, wo bereits mit den Erdarbeiten be-
gonnen wird, auch ca. 20 Privatbauten, die in Angriff ge-
nommen werden. In Poppo ist das zum Herbst neu zu er-
bauende Kur- und Vogelhäuser mit Anlagen mit einer Million
Mark veranschlagt; in Sanguhr, neben der Privatbautätigkeit,
die bereits begonnene katholische Kirche; in Oliva steht in
Ausicht die evangelische Kirche und die katholische Schule, und
ein mit 800 000 M veranschlagtes neu zu erbauendes Frauenheim;
in Neuschottland ist der Schulneubau mit 241 000 M veranschlagt,
welcher bald begonnen werden soll. Ferner beginnen bereits
die Erdarbeiten am Drogol zum Bau einer Hauptwerkstatt für
die Eisenbahn.

Bemerkenswert muß werden, daß das Stadtverordneten-Kollegium
für diese Arbeiten 25 000 M aus dem Extraordinarium des
Hauptstadts zur Beschäftigung der Arbeitslosen bewilligt hat.
Das wären die wichtigsten Arbeiten, welche in Danzig und in
der nächsten Umgegend sicher in Aussicht stehen. Somit können
auch die Verzagten frischen Mut fassen, um mit an der Stärkung
der Organisation zu arbeiten. Dies ist deshalb nötig, weil
die schlechte Baukonjunktur nachteilig auf die Mitgliederbewegung
eingewirkt hat. Viele sind und verloren gegangen, weil sie
glauben, wenn die Organisation keine sichtbaren Erfolge zeitigt,
hat sie keinen Wert. Nur der mit reiferem Denken begabte Ge-
werkschafter erkennt auch den hohen Wert der Organisation in

der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Ist auch die Zahl der Mitglieder kleiner geworden, was ja zu bedauern ist, so kann doch auch hervorgehoben werden, daß es auch in diesem Jahre gelungen ist, unsern Verband in sieben Orten neu einzurichten. Neugegründet wurden die Verwaltungsstellen Marienwerder, Flatow, Gersd., Schöneberg a. W., Christburg, Deutsch Krone und Tuchel. In letzteren Orten waren wir noch schwach vertreten, doch ist seit der letzten Versammlung vom 29. November eine Veränderung eingetreten. Von einer sozialdemokratischen „Größe“ war ein Teil der Kollegen gegen unsern Verband verhetzt worden. Auch wären die fr. Gewerkschaften nicht „sozialdemokratisch“ — In 22 Orten ist unsere Organisation vertreten, die in zwölf Verwaltungsstellen zentralisiert sind. Den Stand der Mitglieder in den einzelnen Quartalen und Jahren zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Quartal	Zahl Stellen	Verwalt. Stellen	Mitglieder	Jahr	Quartal	Zahl Stellen	Verwalt. Stellen	Mitglieder
1908	II.	14	7	1275	1908	IV.	14	7	1298
1907	II.	18	11	1203	1907	IV.	27	6	1254
1908	II.	29	8	1199	1908	IV.	30	12	994

Dieses sind zahlende Mitglieder. Davons ist ersichtlich, daß trotz der neugegründeten Verwaltungsstellen ein Rückgang von 260 Mitgliedern seit dem vierten Quartal 1907 zu verzeichnen ist. Diese Zahl rekrutiert sich aus den Bauhilfsarbeitern, welche durch die schlechte Baukonjunktur in den Orten Neustadt, Joppot und Oliva sich nach anderer Beschäftigung umsehen mußten. Diesen Verlust rest bald durch neue Mitglieder zu ersetzen, wird die nächste Aufgabe aller Mitglieder sein. Es muß aber auch an dieser Stelle gesagt werden, daß in den meisten Orten es nur wenige Kollegen sind, die in punkto Agitation etwas leisten. Die meiste Zeit mußte in diesem Jahre verwendet werden, die bestehenden Verwaltungsstellen zu erhalten und zu befestigen. Zu diesem Zwecke war der Bezirksleiter in 36 Versammlungen in Danzig und in 68 Versammlungen außerhalb anwesend, wo derselbe durch Vorträge veranschaulichte Inhalt zur trancnen Befestigung beitrug; außerdem in Danzig in 10 Vorstandssitzungen und außerhalb in 18 Vorstandssitzungen zugegen. Ferner hielt derselbe Beiträge in zwei Maler-Versammlungen in Joppot, in einer Schneider-Versammlung in Danzig und in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Langfuhr. Bei dieser Gelegenheit muß auch der schlechte Versammlungsbesuch erwähnt werden. Es ist nicht bloß nötig, die Versammlung zu besuchen, wenn es gilt den Tarif zu erneuern oder den Streik zu beschließen, nein, ein tüchtiger Gewerkschaftler besucht jede Versammlung und sucht sein Wissen ständig zu bereichern. Möge es im laufenden Jahre in dieser Beziehung besser werden. Betreffs der Passenverhältnisse ist in manchen Orten eine Besserung eingetreten, auch ist die Durchführung in allen Orten eingeführt. In vielen Orten wird den Kassierern das Amt sehr erschwert. Zunächst durch das unbilligste Beitragszahlen; ferner, daß sich gerade die fähigsten und tüchtigsten Kollegen weigern, das Amt eines Kassierers zu übernehmen. Grade durch das unbilligste Beitragszahlen gehen uns jährlich viele Kollegen verloren. Auch muß geklagt werden, daß es noch Zahlstellenkassierer gibt, die trotz der vielen Anweisungen nicht alle 14 Tage wenigstens mit dem Kassierers abrechnen. Solche Kassierer machen sich mitschuldig, wenn durch deren Saumseligkeit Unregelmäßigkeiten entstehen. Wer ein Amt übernimmt, der erfülle auch gewissenhaft seine Pflicht, sonst ist es besser, er läßt die Finger davon. Mieberl von den einzelnen Beitragsmarken im Berichtsjahr verkauft worden sind, zeigt nachfolgende Tabelle:

Eintr.	Beitragsmarken						Arbeitsl.	Lokalfonds		
à 50	à 50	à 45	à 40	à 35	à 30	à 25	à 20	à 10	M.	
430	7990	6246	3652	6105	6867	4533	3095	10 809	15 451,50	
Extramarken									168,50	
	151	18	69	13	180				15 620,—	
Davon verblieb in den Zahlstellen an Prozente, Zuschlag, Lokalmarken.									3 984,14	
bleibt für die Hauptkasse die Summe von									11 635,66	

Da in den für unsere Organisation in Frage kommenden Orten der Tarif erst am 1. April d. J. abläuft, so wurden größere Lohnbewegungen nicht geführt. Im Frühjahr gelang es durch das Vorgehen der Organisation, für die Arbeiter an der Kanalisation in Oliva eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde zu erzielen. Auch in Fr. Stargard gelang es uns, mit den Arbeitgebern auf zwei Jahre einen Vertrag abzuschließen. Da der sozialdemokratische Verband uns nichts mitteilte, so waren wir gezwungen, allein den Tarif abzuschließen. Der Streik der Dachbeder muß noch erwähnt werden, welcher deshalb verloren ging, weil seitens der Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes die Einreichung der Lohnforderung vom 20. August bis 29. September in die Länge gezogen wurde. Dann wurde plötzlich der Streik vom Baune gezwungen. Daß dann die Schuld den „Christlichen“ in die Schuhe geschoben wird,

wenn durch das ungeschickte Vorgehen der „Noten“ der Streik verloren geht, finden wir verständlich. Auf den Eigenartikel des sozialdemokratischen Dachbederbüchleins einzugehen, ist hier nicht der Platz. Nur zu bedauern ist es, daß dadurch einem Teil unserer Kollegen großer Schaden entstanden ist. Die übrigen Kämpfe waren Abwehrkämpfe, wo die Arbeitgeber nicht den tariflichen Lohn zahlten. Folgende Firmen kamen in Betracht: 1. in Danzig Maurermeister Groos, 2. in Langfuhr Bauunternehmer Jansen, 3. in Joppot Baugewerksmeister Moschall und Kupferschmidt, 4. in Neustadt Maurermeister Geiger. Außer Groos in Danzig und Kupferschmidt in Joppot war das Vorgehen erfolgreich. Bei Groos konnte man von seiten unserer Organisation nichts unternehmen, weil dort außer einem Kollegen von uns nur echte „Genossen“ arbeiteten und mit dem geringen Lohn zufrieden waren. In Joppot bei Kupferschmidt, welcher die Arbeiter um einen Pfennig zu niedrig entlohnte, blieb der Kampf erfolglos, weil über die Hälfte nicht mehr der Organisation angehörten. Vornehmungen traten in folgenden Orten ein:

Ort und Beruf	Lohn-erhöhung pro Sid. Pfg.	Mitgliederzahl	II. Quartal
1. Danzig, Maurer u. Zimmerer	2	195	..
2. Danzig, Bauhilfsarbeiter	3-5	136	..
3. Joppot, Maurer, Jim. u. Arb.	2	389	..
4. Neustadt, Maurer, Jim. u. Arb.	3	195	..
5. Fr. Stargard	1	27	..

In vielen Orten Westpreußens herrschen noch arge Mißbräuche. Zum Beispiel müssen in Christburg die Kollegen noch

Bekanntmachung.

Mit dem 1. März beginnt wieder die beitragspflichtige Zeit; wir machen deshalb die Mitglieder darauf aufmerksam, daß auch für dieses Jahr ein Wechsel in der Markenfarbe eintritt und mithin nur die neuen Marken — blaues Feld mit roter Zahl — Gültigkeit haben.

Es liegt im Interesse der Mitglieder, daß sie sich keine alten Marken mehr kleben lassen, da dieselben bei Unterstützungsberechnungen nicht mehr anerkannt werden. Auch etwa noch zu klebende Rückstände sind nur mit neuen Marken zu kleben.

Sofern noch Vertrauensmänner mit alten Marken auftauchen sollten, weise man letztere nicht nur entschieden zurück, sondern man mache auch dem Zentralvorstande Mitteilung davon, damit er die Angelegenheit weiter verfolgen kann.

Der Zentralvorstand. J. A.: Jos. Wiebeberg.

zwölf Stunden arbeiten, in Dirschau und mehreren Orten noch elf Stunden. Es wird noch viel Arbeit und Kämpfe kosten, um überall die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Daß dies nur durch geschlossenes Eintreten in die Organisation möglich ist, wollen die meisten Berufscollegen noch nicht einsehen. Es fehlt daher an Mitarbeitern zur Aufklärung. Zu bedauern ist, daß wir nicht eine gute Presse zur Seite haben. Das „Westpreussische Volksblatt“ ist das einzige Organ, welches unsere Artikel aufnimmt. An sozialen Wahlen beteiligten sich unsere Kollegen in Danzig an der Wahl der Beisitzer zum Junungs-Geschichtsrat. Auf die christliche Liste entfielen 173 Stimmen. Da nur ein Wahllokal in Danzig zur Verfügung gestellt wurde, war es unsern Kollegen in Oliva, Joppot und Neustadt unmöglich, sich an der Wahl zu beteiligen, und den „Siege“ trugen diesmal die „Genossen“ davon. An wichtigen Ereignissen gabe es noch viele anzuführen, doch dazu fehlt der Raum. Das Verhältnis zu den Genossen war, soweit die Mitglieder in Betracht kommen, leidlich zu nennen. Dafür verurteilte der Genosse Grünhagen unsere Organisation und deren Führer um so mehr, so daß wir uns gezwungen sahen, ihn wegen Beleidigung zu verklagen.

Die geschäftliche Arbeit war kaum zu bewältigen, und bestand meist in Anfertigung von Anlagen. Auch der schriftliche Verkehr war ein reger. Der Eingang betrug 294 Briefe, 296 Postkarten, 15 Drucksachen und 5 Telegramme. Der Ausgang, 405 Briefe, 410 Postkarten, 740 Drucksachen und 6 Telegramme. Wenn trotz der Fülle von Arbeit so wenig Erfolge zu verzeichnen sind, so lag dies nicht am Willen, sondern in den wirt-

schaftlichen Verhältnissen begründet, und ist daher kein Grund zur Entmutigung. Wir wollen alle im neuen Jahre da, wo es geht, vorwärts zu schreiten. Allen Kollegen, welche redlich mitgearbeitet haben, sei hier an dieser Stelle nochmals gedankt, und mit der Bitte, auch im neuen Jahre mitzuwirken an der inneren und äußeren Stärkung unserer Organisation. Den Freunden zu Ruh und den Feinden zum Teufel, sei unsere Lösung.

Heinrich Müller, Bezirksleiter.

Rundschau.

Zur Frage der Arbeiterkontrollen im Bergbau nimmt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ plötzlich eine auffällige Schwankung vor. Bekanntlich sieht die preussische Landtag zugegangene Berggesetznovelle Arbeiterkontrollen vor, die aus den an der betr. Werke Beschäftigten entnommen werden sollen, die aber im Arbeitsverhältnis bleiben. Um Maßregeln gegen die Schikanierungen dieser Kontrollen zu verhindern sollen gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden. Man waren gerade die Zechenbesitzer, die seither am schärfsten gegen die Arbeiterkontrollen Stellung genommen haben, besonders gegen solche, die von den Arbeitern selbst gewählt werden sollte. Nun kommt plötzlich oben genanntes Organ her und erklärt für ein für vom Staat besetzte Arbeiterkontrollen, mithin unabhängig; das Wahlverfahren ist ihm gleich. Den Vorschlag des preussischen Ministers erklärt es für undiskutierbar. Was hinter dieser plötzlichen Schwankung? Ist das die Meinung städtischer Grundbesitzer? — Das kann man vorläufig nicht sagen; nach der seitherigen Stellungnahme kann es kaum etwas gemeint sein. Warten wir daher ab.

In Mülheim a. d. Ruhr beschloß am 4. Februar das Stadtverordnetenkollegium zu baulichen Zwecken eine Anleihe von 12 Millionen aufzunehmen. Unter den vorgesehene Bauten befinden sich der Bau einer neuen höheren Lehranstalt (Gymnasium und Realgymnasium), einer neuen Muehrstraße, einer städtischen Badeanstalt, eines Rathhauses und die Anleihe der Bahnhofsgebäude zu Mülheim (Ruhr) über neue neuen Bauausführungen. Der Stadt Mülheim steht somit eine bedeutende Entwicklung bevor, da diese Anlagen auch die Privatnützigkeit wohltätig beeinflussen dürften.

Abstreifungsarbeiten an Nachbarhäusern nur im Tagelohn auszuführen strebt die Baug.-Zinnung „Bauhütte“ zu Hamburg. Wiederholt ist nämlich der Unbestand empfunden worden, da die Abstreifungsarbeiten zur Sicherung von Nachbarhäusern in den Submissions-Afford einbezogen werden. Die Unberechenbarkeit solcher Arbeiten und die mit diesen verbundene große Verantwortlichkeit machen es dringend nötig, solche Arbeiten aus dem Submissionsafford auszuschneiden und nur noch im Tagelohn auszuführen zu lassen. Die Unmöglichkeit einer solchen Maßnahme soll den Architekten und Bauherren vorgeführt werden. Eine solidarische Verpflichtung der Zimmerer-Unternehmer die durch den Submissionsafford bei Abstreifungsarbeiten in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen werden, ist in Aussicht genommen. Der nächsten außerordentlichen Versammlung ist eine Resolution zur Beratung vorgelegt worden, daß Abstreifungsarbeiten zur Sicherung von Nachbarhäusern künftig grundsätzlich im Tagelohn übernommen werden, und daß andere Abstreifungsarbeiten je nach den Verhältnissen in einzelnen Fälle ebenfalls zu behandeln sind, was als durchaus berechtigt zu bezeichnen verdient.

Den Gefallen wollen wir ihm tun. Der „Arbeiter“, Organ von „Sieg Berlin“, berichtet in seiner Nr. 14 über den 1. Januar d. J. stattgefundenen englischen Gewerkschaftskongress, der sich auch mit der Schulfrage befaßte und mit 234 000 gegen 739 000 die religionslose laitale Erziehung forderte. Früher berechtigte er die religionslose Schule. Die katholischen Delegierten wandten sich gegen den Antrag, drangen aber nicht durch. Er wird jeder vernünftige Gewerkschaftler sagen, daß solche Forderungen nicht von einer Gewerkschaftsversammlung gehören, weil damit die Kompetenz überschritten wird. Wie die Engländer dazu kommen können wir nicht von hier beurteilen, jedenfalls wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt. Wenn auch wir bereits früher bemerkt, derartige Anträge und auch der Annahme bei den Engländern immer sehr problematischer Natur sind, werden sie darum nicht besser. Der „Arbeiter“ macht nun zu diesem Beschluß, davon würde man „wahrscheinlich“ denjenigen Blättern nichts erfahren, besonders dann, wenn es um solche Tages- und Gewerkschaftsblätter handelt, die bisher in englischen Gewerkschaften als „neutral“ und als ein „Bündel für deutsche Gewerkschaften“ hingestellt haben. Das einzige Blatt! Uns haben andere Gewerkschaften immer nur soweit als Vorbild gedient, als wir sie mit unseren Grundfragen für einbar und für dieselben als vorteilhaft anerkennen mußten. Weiter nicht. Seinen Mitgliedern unbecomene Dinge zu verweigern, das tut doch nur höchsten der „Arbeiter“, z. B. wie über das Verbot in der Meyer Diözese, den Ausgang der Berggewerkschaftswahl im Saarrevier usw. Ueber gegenwärtig

Ein neues Produkt zur Erzeugung wasserdichten Mörtels.

Nachdruck verboten.

ATK. Es sind außerordentlich zahlreiche Versuche gemacht worden, wasserdichten Kalk- und Zementmörtel zu erzeugen, und namentlich die bedeutungsvolle Entwicklung des Betonbaues gab auf diesem Gebiete zu wichtigen Erfindungen Veranlassung. Unter anderem sind verschiedene Verfahren bekannt geworden, den Zement und Beton durch Zusatz fettiger Salze des Kaltes und des Aluminiums, oder durch Zusatz von Seifenlösungen zu dichten. Daß derartige Zusätze hinsichtlich ihrer Einwirkungen auf das zur Ausrüstung des Betons dienende Eisen unter Umständen auch recht beachtlich werden können, ist schon von erfahrenen Ingenieuren betont worden; doch soll dieser besondere, nur für Eisenbeton in Betracht kommende Umstand hier nicht weiter berücksichtigt werden. Von größerer Bedeutung ist es, daß diese Mittel nur unvollkommen wirken, und daß der beabsichtigte Zweck überhaupt nicht erreicht wird, wo man es mit einem hohen Wasserdruck zu tun hat. Ferner hat man die Beobachtung gemacht, daß die Festigkeit des Zementes durch derartige Zusätze auch beeinträchtigt wird.

Dr. Paul Meke in Stettin ist nun ein neues Verfahren zur Herstellung wasserdichten Betons und Kalkmörtels patentiert worden, und zwar besteht dasselbe in der Herstellung einer komplizierten chemischen Verbindung, die ganz hervorragende Eigenschaften offenbart. Es wird durch diesen gewonnener Pulver mit einer Lösung von salzsaurem Ammonium gemischt und hierauf Aluminiumsulfat zugesetzt. Es entstehen hierbei Kalkaluminat, Kalksulfat, Al-

miniumoleat, Kalkhydrat und Gips, welche die erwähnte komplizierte Verbindung ergeben, die sich von den einzelnen Zusätzen in jeder Hinsicht wesentlich unterscheidet und auch ganz andere Eigenschaften besitzt, als ein Gemisch der genannten Stoffe. Interessant ist die Mitteilung der Patentschrift, daß die Stoffe in der angegebenen Reihenfolge gemischt werden müssen, da man nur so die gewünschte Verbindung erhält. Setzt man z. B. dem Kalksulfat zuerst das Aluminiumsulfat hinzu und dann das Aluminiumoleat, so erhält man eine Substanz, die für den vorliegenden Zweck absolut unbrauchbar ist. Ich will auf die weiteren Einzelheiten, die speziell den Chemiker interessieren, hier nicht eingehen und nur so viel hervorheben, daß nach chemischen Grundfragen hier nur die Entstehung von Kalksulfat oder Aluminiumoleat neben Kalkaluminat und Kalkhydrat zu erwarten war. Es war auch nicht vor auszusehen, daß die entstehende Verbindung sich in so außerordentlich feiner Verteilung bilden würde, wie es tatsächlich der Fall ist; denn sonst scheiden sich Aluminiumoleat und Kalksulfat in größeren Klößen ab. Von größtem Interesse für den Baufachmann sind aber die physikalischen Eigenschaften des Präparates, das gleichsam das Wasser abspült, im Gegensatz zum basischen, salzsauren Kalk. Der Erfinder führt folgende Experimente zur Erläuterung an: Stellt man durch Trocknen der beiden Präparate, d. h. des neuen Produktes wie des basischen salzsauren Kalkes ein Pulver her, und schüttelt dieses unter Zusatz von kochendem Wasser, so wird der basische salzsaure oder fettigsaure Kalk, wie er nach einer amerikanischen Patentschrift zur Herstellung wasserdichten Mörtels Verwendung findet, und ebenso das fettigsaure Aluminium, von Wasser benetzt werden und unterinken, während das aus dem neuen Präparat hergestellte Pulver trocken auf der Oberfläche der Flüssigkeit schwimmt.

Aber die wasserabstoßende Kraft des neuen Präparates kommt nicht allein in Betracht. Es fragt sich auch, ob die Verbindungen die Festigkeit des Mörtels oder Betons beeinträchtigen vermögen. Da fällt es sehr ins Gewicht, daß salzsaure Kalk und salzsaures Aluminium über 90 Pro. Delsäure enthalten, und darauf ist jedenfalls die Herstellung der Festigkeit des Bindemittels zurückzuführen; aber das neue Präparat enthält etwa nur 2 Pro. Delsäure, woraus man entnehmen kann, daß die Eigenschaften des unter Zusatz dieses Präparates hergestellten Betons oder Mörtels nur ganz unerheblich beeinträchtigt werden können. Das neue Präparat ergibt nicht, wie die bisherigen gebräuchlichen Mittel, ein Pulver, sondern einen wasserigen Brei. Eine Verwendung des Präparates in Pulverform ist ausgeschlossen, da dasselbe nach dem Trocknen wie bereits erläutert habe, nicht mit Wasser benetzt und daher nicht mit nassem Mörtel gemischt werden könnte. Die Versuche haben vortreffliche Resultate ergeben. Eine Betonplatte von nur 1 Ztm. Stärke widersteht auf bei einem Druck von 3 Meter Wasserhöhe infolge des Zusatzes dieses Präparates dem Andränge des Wassers und eine zwischen zwei Steinen hergestellte Mörtelschicht für welche das gleiche Produkt Verwendung fand, hebt die Kapillar-Attraktion zwischen beiden Steinen vollständig ab. Die Festigkeit vermag innerhalb des Steines bis zu nächsten Zuge aufzusteigen. Auf diese Weise würde z. B. das Aufsteigen der Erdfeuchtigkeit und die Verbreitung des Niederschlagswassers in Mauerwerk vollständig verhindert werden können. Das Präparat ist übrigens schon bei Einreichung der Patentschrift ein ganzes Jahr lang im Laboratoriumsversuche geprüft worden, so daß man die sehr ausführlichen Angaben des Erfinders Vertrauen schenken kann.

Verbandsnachrichten.

Verichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Zimmerer.

Berlin, 3. Februar. Zu unserer Generalversammlung wurde nach erstattetem Jahres- und Kassenbericht festgestellt, daß unsere Mitgliederzahl um drei gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt und zur Vorstandswahl übergegangen. Kamerad Stümer forderte die Kameraden zu pünktlicher Beitragszahlung und regelmäßigem Versammlungsbefuch auf.

Eberfeld. Am 5. Februar tagte hier eine von uns einberufene Protestversammlung. Am 18. Januar stellte nämlich in einer sozialdemokratischen Gewerbedeputiertenversammlung der sozialdemokratisch organisierte Zimmerer Jung die Behauptung auf, die „freien“ Zimmerer hätten deshalb nicht an den gemeinsamen Sitzungen mit den übrigen Bauarbeiterorganisationen teilgenommen, weil die Christlichen dabei gewesen wären. Letztere hätten das Resultat der gemeinsamen Konferenzen verdrängt. Auch dichtete er die bekannte Fingelschichte bei den Verhandlungen in Berlin unseren Vertretern an. Ein wahrheitsliebender Mensch beweist nun aber auch seine Behauptungen. Aber das hat der Parteiführer Jung nicht notwendig diese Mühe spart er sich. Um sein Verleumdungsgeschäft zu lenzen, bezogen wir die Protestversammlung ein. Die durch Eingetreibebrief eingeladenen „Genossen“ Jung, Bother und Busch waren mit ihrem Ungehörigen erschienen. Nicht aber, um nun das zu beweisen, was sie uns nachsagten, sondern, um die ihnen unbecommene Versammlung zu sprengen. Als Gegenreferent sich zu stellen, dazu hatten die Verleumder keinen Mut, sie schiedten vielmehr den satjam bekannten Mut aus Köln vor. Die Genossen führten sich demütig auf, daß ihnen das Lokal verwiesen werden mußte. Um 1/11 Uhr konnte Kollege Lange mit seinem Referat beginnen. In kräftigen Worten schilberte die Verleumdung des „Genossen“ Jung, der es mit seiner „...“ vereinbaren könne, die schwerwiegendsten Vorwürfe gegen eine Organisation zu richten, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür erbringen zu können. Die Behauptung sei eine so ungeheuerliche, daß sie geeignet sei, das notwendige, gemeinsame Handeln bei den großen Lohnbewegungen der Zukunft unmöglich zu machen. Eine solche Verleumdung könne sich die christliche organisierte Arbeiterschaft nicht gefallen lassen. Der sozialdemokratische Zimmererverband habe bei der großen Lohnbewegung im Jahre 1908 ein eigenartliches Verhalten an den Tag gelegt. Während nämlich der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands und die sozialdemokratischen Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter in gemeinsamen Konferenzen, in voller Einigkeit die Forderungen und Taktik beraten haben, trieb der sozialdemokratische Zimmererverband Eigenbrödel, indem derselbe Sondertagungen abhielt. Daher sei es vorgekommen, daß keine Einheitlichkeit in den Forderungen geherricht habe. Es stellten unter anderem die Maurer und Hilfsarbeiter in Mitteldeutschland eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit, die durch eine besondere Denkschrift begründet war. Die Zimmerer hingegen nicht. Im rheinisch-westfälischen Gebiet hielten es die Maurer und Hilfsarbeiter nicht für ratsam, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Hier forderten sie dann die Zimmerer. Diese Eigenbrödel des Zimmerer-Verbandes habe abstoßend bei den Verhandlungen gewirkt und sogar dahin geführt, daß die beiden Redakteure des „Grundstein“ und des „Zimmerer“, Pöplow und Bringmann, einen persönlichen Zwist am Gericht ausgetragen hätten. Es werte sich daher die Frage auf, welche Absicht den sozialdemokratischen Zimmererverband bei dem eigenartigen Verhalten bestimmt habe. Kollege Lange gab hierfür folgende Gründe an: Der sozialdemokratische Zimmererverband lebte zum Teil bisher von den Kämpfen der übrigen Bauarbeiterorganisationen. Die Erfolge, die diese errungen hätten, brachten dem Zimmererverband die Möglichkeit, ebenfalls Tarife abzuschließen, ohne daß derselbe große Opfer zu bringen brauchte. Dieses bestimmte den sozialdemokratischen Zimmererverband, bei der großen Bewegung, sich eine Hintertür offen zu halten. Daher sei derselbe der Festlegung einer gemeinsamen und einheitlichen Taktik aus dem Wege gegangen. Dann aber auch käme in Frage, daß der sozialdemokratische Zimmererverband infolge der Arbeitslosenunterstützung in bezug auf Lohnkämpfe stark mattgesetzt sei. Dies seien die wahren Ursachen. Am nun bei den eigenen Mitgliedern dieses eigenartige Verhalten zu rechtfertigen, brauchte der „Genosse“ Jung den Trick, den Christlichen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die Herren von der sozialdemokratischen Parteidiskussion wissen, daß wenn etwas bei ihnen nicht stimmt, sie dann nur auf die Christlichen zu schimpfen brauchen, um so die Kritiker zu beruhigen. Kollege Lange meinte weiter, daß der „Genosse“ Jung durch seine Verleumdungen das notwendige vertrauliche Wirken in dem Einigungsamt für das berg. Land zerstörte, kam dann auf die Notwendigkeit und Erfolge der christlichen Gewerkschaften zu sprechen und schloß mit der Aufforderung, wie bisher weiter für die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu streben. Wir müssen es uns verlangen, auf die Forderungen, die unsere Kollegen in der Diskussion machten, einzugehen. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. (Anmerk. d. R.: Wird der „Genosse“ Jung den Vorwurf der Verleumdung auf sich sitzen lassen? Er hätte jetzt Gelegenheit, seine Behauptungen gerichtlich zu beweisen.)

Maurer.

Rauort (Westerwald). Sonntag, den 17. Januar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche von allen Kollegen und einigen Unorganisierten besucht war. Vor der Versammlung war von zwei Kollegen aus Niederelbert Hausagitation vorgenommen worden, wobei sich einige Kollegen aufnehmen ließen. Kollege Gasse, der als Referent erschienen war, wiewohl zunächst dem verstorbenen Kollegen Johann Schröder, welcher Gründer und Hauskassierer war, einen warm und innig gehaltenen Nachruf, wobei derselbe die Mitglieder ermahnte, den verstorbenen Kollegen sich stets zum Vorbild zu nehmen, und ging dann zu seinem Vortrag über den Wert der Tarifverträge über. In den Ausführungen wurden besonders die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen beleuchtet, die im Rheinwieder Gebiet arbeiten. Seit Sommer 1907 stehen die Kollegen mit den Unternehmern in Verhandlungen, die wohl im Herbst 1907 zu einem günstigen Vertrag für die Kollegen führen konnten, aber durch die Haltung der Führer der „freien“ Maurer vereitelt worden sind. Im Jahre 1908 setzte die schlechte Konjunktur auch dort ein, und ein großer Teil der Kollegen ist aus dem Verbanne ausgetreten. Die Weiterbürger Kollegen (etwa 70-80 Mann), die sämtlich im Rheinwieder Gebiet arbeiten, waren alle unorganisiert und konnte somit nichts ernsthaftes unternommen werden. Im Herbst 1908 fanden abermals Verhandlungen mit den Unternehmern statt, die selbst das Bedürfnis verspürten, einen Vertrag, aber nur einen für sie günstigen, zu schließen. Dasselbe Streben müssen aber auch die Kollegen an den Tag legen, indem sich dieselben immer mehr der Organisation anschließen. Nur an den unorganisierten Kollegen hat es zum größten Teil gelegen, besonders an den Weiterbürgern, daß die Verhandlungen bis jetzt zu keinem günstigen Abschluß kamen. Darauf liegen sich drei Kollegen aufnehmen, so daß nur noch vier Unorganisierte am Orte sind, die wir aber ebenfalls noch zu gewinnen hoffen. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde über das Begräbnis des Kollegen Schröder beschlossen, daß möglichst an demselben zu beteiligen und die Beigänger zu

brauslich beweist. Am 18. Januar löste ein Mitglied unseres Verbandes beim Unternehmer Krümpelmann in E. das Arbeitsverhältnis, nachdem er sechs Jahre im genannten Geschäft tätig war. Vorher hatte er sich um andere Arbeit umgesehen, erhielt auch solche mit der Bemerkung, wenn die Papiere „rein“ sind. Der Kollege antwortete, ja, wenn es nicht ganz bestimmt ist, daß ich Arbeit bekomme, dann bleibe ich wo ich bin; denn ich habe noch Arbeit; darauf sagte der Unternehmer: Kommen Sie nur, ich habe bestimmt für Sie Arbeit. Als der Betreffende jedoch seine Papiere holte, handigte ihm Herr Krümpelmann einen Entlassungsschein aus, an dem die untere linke Ecke abgeschnitten war (11). Dem Verlangen des Arbeiters nach einem anderen Entlassungsschein wurde nicht entsprochen. Als er nun zum anderen Unternehmer kam, wirkte diese abgeschnittene Ecke Wunder; denn als man sie erlöste, wurde unserem Kollegen trotz der vorher so fest versprochenen Arbeit gesagt, daß man ihn leider nicht einstellen könnte; und so ist er heute arbeitslos. Ein anderes Mitglied unseres Verbandes, das ohne sein Verschulden bei selbiger Firma dem Polier Höting beim Gerüstbau mit einem Brett eine Verletzung am Gesicht beigebracht hatte, wurde vom Unternehmer sofort entlassen, trotzdem feststeht, auch durch Zeugen erwiesen werden kann, daß den Polier mehr Schuld an der Verletzung traf, als den in Frage kommenden Arbeiter. Ferner der Polier den Arbeiter zu mißhandeln suchte, was nur durch das Dazwischentreten anderer Arbeiter, die den ganzen Vorfall beobachtet hatten, verhindert wurde. Auch dieser erhielt einen Entlassungsschein mit fünf Ecken; selbiger ist auch noch bis heute auf Grund dieser Kennzeichnung arbeitslos. Einem dritten Arbeiter derselben Firma wurde, als er seine Papiere holte, die Frage gestellt, ob er die Abmachungen des Arbeitgeberbundes kenne. Auf seine Antwort mit Ja wohl, besonders wenn die Abkehr fünf Ecken hat, erhielt er einen Entlassungsschein wie er nach der Gewerbeordnung sein muß, also nicht mit fünf, sondern mit vier Ecken, und sofort konnte der Betreffende bei einem anderen Unternehmer Arbeit erhalten. Als besagter Bauunternehmer vor kurzem seitens der Organisationsleitung gefragt wurde, ob er den Arbeitern den Schaden ersetzen wolle, der diesen durch die gekennzeichneten Maschinen entstanden sei, suchte derselbe sich mit der höchst lächerlichen Ausrede zu rechtfertigen: „Ich will keine Arbeiter brotlos machen, die abgeschnittenen Ecken sind keine Kennzeichnung, ich habe eine ganze Anzahl Entlassungsscheine, teils mit, teils ohne abgeschnittene Ecke, und stellen wir dieselben so aus wie sie uns gerade in die Finger fallen!“ — Wer lacht da? Unsere Kollegen haben nun sowohl Schadenersatzklage, wie auch Strafantrag gegen die Firma gestellt. Wir wollen sehen, ob die Bestimmungen der Gewerbeordnung nur für die Arbeiter da sind, oder auch für die Unternehmer. Wir werden später über den Ausgang dieser Angelegenheit noch genauer berichten. Vorfestehendes zeigt wieder deutlich, wie die Unternehmer teilweise glauben, die Arbeiter jetzt ihre Macht fühlen zu lassen; zeigt ferner deutlich, wie notwendig zu jeder Zeit die Gefährlichkeit der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem Unternehmer ist. Das eine mögen sich die Herren gelagert sein lassen, welche jetzt glauben, daß die Zeit zur Schlimmerung der Arbeiter besonders günstig ist, daß Druck und Gegenruck erzeugt, und sie nachher kein Recht haben sich darüber zu beschweren, wenn ihnen seitens der Arbeiter mit gleicher Münze heimgezahlt wird. Wir alle mögen jedoch aus vorstehendem die Anwendung ziehen, daß von dem Augenblicke, wo keine starke Arbeiterorganisation der Arbeiter des Baugewerbes vorhanden ist, die Unternehmervillfür keine Grenzen kennt, und dieselben die Arbeiter als Spielzeug ihrer Launen betrachten würden. Deshalb auf Kollegen allerorts, zu energischer Verarbeitung für unsere Organisation!

Bezirk Karlsruhe.

Ludwigshafen a. Rh. Die hiesige Zimmermeister-Vereinigung teilte am Samstag, den 30. Januar, allen hiesigen Zimmerern mit, daß am Montag, den 1. Februar, der Stundenlohn von 60 Pf. auf 55 Pf. reduziert werde. Wer dafür nicht arbeiten wolle, könne aufhören. Es ist den Herren nicht genug, daß die Zimmerleute Ludwigshafens schon sehr stark unter der hier herrschenden Arbeitslosigkeit zu leiden haben, nun sollen sie auch noch mit Lohnabzug bedacht werden. Wie begreiflich, hat diese Maßnahme der Arbeitgeber große Erbitterung unter den Zimmerern verursacht, und man ist sich dahin einig, daß diejenige Anstalten der Zimmermeister mit aller Energie begegnet werden muß. Bezug ist deshalb von Ludwigshafen streng fernzuhalten.

Bezirk Danzig.

Neustadt (Westpr.). Am 22. Dezember kündigte der Arbeitgeberbund uns unseren bis zum 1. April d. J. laufenden Arbeitsvertrag mit der Bemerkung: „wir überlassen es Ihnen, uns Ihre Forderungen für das nächste Jahr einzureichen“. Am 28. Dezember reichten wir den Arbeitgebern einen von uns entworfenen Arbeitsvertrag ein. Gefordert wird für Maurer und Zimmerer 60 bzw. 48 Pf., für Bauhilfsarbeiter 38 bzw. 36 Pf. Stundenlohn. Bei den teuren Lebensverhältnissen und dem Saisoncharakter unseres Gewerbes wird man diese Forderung nicht als zu hoch bezeichnen können. Unsere Herren Arbeitgeber waren aber ganz anderer Meinung. Am 20. Januar sandte der Arbeitgeberbund uns einen von ihm ausgearbeiteten Vertrag zu mit dem Bemerkten, überhaupt nur auf Grundlage dieses Entwurfes mit uns verhandeln zu können. Als dieser Entwurf in der Versammlung am 25. Januar bekanntgegeben wurde, rief er bei den Kollegen große Entrüstung hervor. Die Arbeitgeber wollen die ohnehin sehr niedrigen Löhne, welche für Maurer 46 und 44 Pf., für Zimmerer 44 und 42 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 29 und 27 Pf. pro Stunde betragen, noch um 4 Pf. reduzieren. Dieser gekürzte Lohn soll nur für „voll leistungsfähige“ und hiesige Arbeiter, welche also in Neustadt wohnen, gültig sein. Ferner soll ein Tag Arbeitslohn als Ration für genaues Einhalten des Tarifs einbehalten werden, obgleich der Lohn für den Lohnungstag sowieso einbehalten wird. Des weiteren soll die halbe Stunde früher Arbeitslohn am Lohnungstage, sowie die zwischensägung, die jeden zweiten Sonntagabend stattfindet, der zwischen zwei Lohnungen fällt, wegfallen. Daß auf jeder Baustelle eine Baubude und ein Abort sein muß, ist in diesem „Arbeitsvertrag“ auch nicht bemerkt, also soll auch diese Bestimmung wegfallen. Einstimmig wies die Kollegen derartige Verschlechterungen zurück. Hiermit zeigen die Arbeitgeber wieder, daß sie Herr im Hause sein und bleiben wollen, und der Arbeiter soll sich den von ihnen angeordneten Lohnfügen fügen. Dieser Herrenstandpunkt ist aber ungerechtfertigt; denn der Arbeitgeber ist ja zwar Herr in seinem eigenen Hause und über sein Kapital, nicht aber über die Arbeitskraft der Arbeiter. Gleichwie der Arbeitgeber über sein Kapital nach Belieben verfügen kann, so ist es das ureigenste Recht des Arbeiters über sein Eigentum, die Arbeitskraft zu verfügen; dem Eigentümerrecht und Verfügungsrecht sind ungetrennbar verbunden. Zwecks Abschließung eines Vertrages fand am 5. Februar eine Verhandlung unserer Lokommission mit den Arbeitgebern statt, die jedoch nicht zur Einigung führte. Es wurde von unserer Versammlung am 9. Februar einstimmig beschlossen, die alte Forderung aufrecht zu halten. Und nun Kollegen von Neustadt und Umgegend, für uns gilt es jetzt, die wenigen Indifferenten heranzuziehen, um die eingeleitete Lohnbewegung zu einem für uns günstigen Ende zu führen. Galt fest und treu zur Organisation, denn das ist der beste Schutz gegen die Willkür der Arbeitgeber.

Der Menschheit größte Baubertrag liegt im vereinten Streben.

Versammlungen bringt das Blatt kagenhafte Berichte, wie z. B. über die Versammlung im Herbst in Berlin im Leo-Hofplatz; eingehende Berichtigungen über Unrichtigkeiten werden einfach zurückgeschickt. Das ist die bekannte „Berliner“ Objektivität. Nicht weil katholische Geistliche an der Spitze dieses Verbandes stehen, sondern trotzdem. Aber konnten wir zu den englischen Trades-Unions zurück. Früher waren diese wirklich neutral, es wird doch auch der „Arbeiter“ nicht befreiten wollen. Beziehen sie nach deutschem Muster davon ab, nun, dann ist eben die Zeit zur Gründung von — christlichen Gewerkschaften gekommen. Zu „Fachabteilungen“ werden die praktischen Engländer wohl kaum kommen. Und wenn sie gar erst den „Frang“ mit seiner „Philosophie“ kennen lernen, dann erst recht nicht. Dem „Arbeiter“ aber geben wir den Rat, er soll seinen eigenen Mitgliedern gegenüber ehrlich sein. Es tut bringend not. Wenn er Beweise dafür haben will, wie stark wir bereit sind ihm eine Hilfe anzumachen.

Wie übertriebener Nationalismus wirkt. Anlässlich des sozialdemokratischen Bergarbeiterkongresses mit seinen radikalen Auslassungen fragt die „Vossische Zeitung“, was schuld daran sei, daß die Sozialdemokratie zu solch einer Macht gelangen konnte. Sie gibt als Antwort: die Reaktion, die Staatskirche und das preussische Wahlrecht. Verweist dann auf andere Länder mit größerer Freiheit, an welcher der sozialdemokratische Gedanke gescheitert sei. Die „Kreuz-Zeitung“ stimmt dem nicht zu. Sie erwidert andere Gründe dafür und sagt:

„Nur in Deutschland bestand und besteht die Möglichkeit, den Bestand von Staat und Kirche für die Sache der Arbeiter gegen die der Arbeitgeber zu gewinnen. Nur in Deutschland hat man es seither mit den sozialen Pflichten des Staates, der Kirche und der Gesellschaft wirklich ernst genommen. Die Ansicht, das Arbeiterinteresse zum ausschlaggebenden Moment in der Gesetzgebung und in der kirchlichen Praxis zu machen, besteht sonst nirgends auf der Welt, und diese Ansicht auf Erfolg hat der sozialdemokratischen Propaganda eine solche Kraft verliehen. Jetzt erleben wir die Gegenwirkung. Die Arbeitgeber verzichten darauf, Staat, Kirche und Gesellschaft für ihr Interesse gegen das der Arbeiter zurückzugeben und verlassen sich allein auf die Selbsthilfe. Ihre Organisation ist so gut wie vollkommen, sie sind bereit, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, und sie verlangen nur, daß der Staat sich nicht einmische, die Gesellschaft mit ihrer Sympathie und Antipathie ebenfalls zurückhält, auch religiöse Empfindungen aus dem Spiele bleiben. ... Wie dieser Kampf auslaufen wird, das können wir nicht wissen. Wahrscheinlich nicht zugunsten der Sozialdemokratie. Es ist nicht so, wie die „Vossische Zeitung“ es darstellt, als fürchte sich die arbeitskräftig denkende Gesellschaft Deutschlands vor der proletarischen. Unter dem Einfluß dessen, was dort „Reaktion“ genannt wird, hat sich die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung Deutschlands so vortrefflich entwickelt und so gute Erfolge gezeitigt, daß wir ein Proletariat wie in England und Amerika kaum noch haben. Wir brauchen uns also nicht mehr vor einem Proletariat zu fürchten, das nichts zu verlieren, alles zu gewinnen hat. Sobald in einer unfaßlichen Kraftprobe zwischen der Organisation der Arbeiter und der sozialdemokratischen Führung der Arbeiter die letztere siegt, wird die suggestive Kraft der Sozialdemokratie gebrochen sein.“

So malt sich hier die Welt. Angesichts der sozialdemokratischen Verheerung kann das nicht verwundern. Aber Worte kann das den Arbeitern kaum bringen.

Der gelbe Bauhandwerkerbund vor dem Bankrott.

Am 26. Januar hielt der gelbe Bauhandwerkerbund in Berlin eine Generalversammlung ab, in der es sehr bunt zuging. Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, konnte ein Kassenbericht wegen der herrschenden Unordnung nicht gegeben werden. Einem Ausschussantag gegen den früheren Vorsitzenden kam dieser durch freiwilligen Austritt zuvor. Der gelbe Führer, „Bürger“ Gebius, hielt nach genanntem Blatt folgende Rede: „Werte Bürger! Ich habe Ihnen bei Antritt des Vereins an das gelbe Kartell den Bürger Sandmann als ersten Vorsitzenden empfohlen, weil Sandmann persönlich mit Dr. Wielenz bekannt war. Somit Fühlung mit dem Verbanne der Baugeschäfte hatte und mir auch von Dr. Wielenz empfohlen worden war. Hätte ich gewußt, daß Sandmann erst 21 Jahre alt ist, hätte ich entschieden abgesehen; ich hielt ihn für mindestens 28 bis 30 Jahre alt. Sandmann war für den Posten entschieden zu jung und unerfahren, dabei ist er zu egoistisch, zu selbstherrlich. Sandmann hat uns bei dem Verbanne der Baugeschäfte angeführt. Die Herren haben uns den Stuhl vor die Tür gesetzt; sie verlangen jetzt die 250 M. Darlehen zurück. Ich war heute abend dort, bin ziemlich ungnädig empfangen worden. Meine Vorstellungen, daß der Verein jetzt nicht in der Lage sei, das Geld zurückzugeben, waren erfolglos. Sie müssen jetzt selbst vorstellig werden; weiter kann ich Ihnen keinen Rat geben. Man sagte mir noch, wir sollten wiederkommen, wenn wir 1000 Mitglieder hätten, dann wollen sie einen Tarifvertrag mit uns abschließen; bis dahin wollte man mit uns nichts mehr zu tun haben. Sandmann hat es verstanden, uns so herunter zu machen, daß wir ganz kaltgestellt sind; wir müssen versuchen, die Gunst der Herren wieder zu bekommen.“ — Das sieht allerdings sehr traurig aus. Im „Bund“, dem Organ der Gelben, freut sich Gebius allerdings über den „guten Ton“ in der Versammlung. Für die Gelben ist eben im Baugewerbe kein Boden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperit sind: die Firma Jenzen in Benrath b. Düsseldorf, die Firma Ebers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtannahme des Tarifvertrages, Hannover (Stuttateure), Ludwigshafen (Zimmerer). Bezug ist fernzuhalten.

Bezirk Hannover.

Hannover, 14. Februar. Die Firma Berger & Co. aus Bromberg, welche hier an der Umgehungsbahn Arbeiten ausführt, bezahlt den Maurern einen Stundenlohn von 52 Pf., wogegen hier der Tarif 62 Pf. pro Stunde vorsteht. Verhandlungen, welche zur Einhaltung des Tarifes angebahnt wurden, wurden zurückgewiesen. Es wurde daher die Sperre über diese Firma verhängt. Bezug ist fernzuhalten.

Bezirk Münster.

Unternehmerterror. Das dem Arbeiter gesetzlich festgelegte Recht der Freizügigkeit haben bis jetzt nur die Unternehmer der Großindustrie durch Abmachungen untereinander teilweise ihren Arbeitern geraubt. (Schwarze Listen usw.) Jetzt wagen auch Unternehmer im Baugewerbe an und versuchen es, die Arbeiter durch die Hungerperle geistig zu machen. In Gmünderten, einem Ort im Münsterlande, haben die dortigen Unternehmer, soweit sie Mitglied des Arbeitgeberbundes sind, unter sich eine Vereinbarung getroffen, daß die Arbeiter, welche bei einem Unternehmer aufhören oder entlassen werden, bei einem anderen Unternehmer erst nach einem gewissen Zeitraum eingestellt werden. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung führen die Herren nicht, wie nachfolgendes

